

KulturFenster

Blasmusik, Chorwesen und Heimatpflege in Südtirol



Mit Familie und Freunden auf der Alm

Dirigenten wachsen nicht auf Bäumen

Wer singen will, muss hören

Rücksichtsvoller Ausbau von erneuerbaren Energien

Auch Landschaft und Natur in Gesamtbilanz einbeziehen

Angesichts der problematischen Kernenergie, der begrenzten Verfügbarkeit fossiler Energieträger und der spürbaren Auswirkungen des Klimawandels ist der Einsatz erneuerbarer Energien unumgänglich.

Die Produktion von Energie hat allerdings Auswirkungen auf Natur und Landschaft. Deshalb muss auch die Schönheit der Siedlungen und Landschaften ein wesentlicher Bestandteil eines nachhaltigen Energiekonzeptes sein.

Dies trifft besonders für ein Land wie Südtirol zu, dessen einzigartige Natur und Landschaft die Grundlage der Lebensqualität der Einheimischen und des prosperierenden Fremdenverkehrs sind. Diese Funktionen und die unverwechselbaren Identifikationsmerkmale sind zu erhalten.

Tatsache ist, dass vorhandene Einspar- und Effizienzpotentiale noch viel zu wenig genutzt werden. Zentrale Bestandteile eines nachhaltigen Energiekonzeptes müssen daher die deutliche Reduzierung des Stromverbrauchs und die Steigerung der Energieeffizienz sein. Dazu kommt der rücksichtsvolle Ausbau erneuerbarer Energien.

Bestandteile eines nachhaltigen Energiekonzeptes

Die Produktion von Energie verursacht zum Teil massive Eingriffe in landeskulturelle, natürliche und landschaftliche Ressourcen. Rücksichtsloses Handeln mit schädlichen Auswirkungen ist deswegen zu vermeiden.

Nicht nur ökonomische Interessen berücksichtigen

Den bisher weit höher bewerteten ökonomischen Interessen müssen der Fortbestand der Eigenart unserer Siedlungen, Natur- und Kulturlandschaften mindestens gleichwertig gegenübergestellt werden. Im Rahmen einer seriösen Landschaftsplanung sollten verträgliche Standorte ausfindig gemacht und Ausschlussflächen klar festgelegt werden. Man sollte weiters angemessene Obergrenzen für die Zahl und Dichte von entsprechenden Anlagen definieren.

Je rücksichtsvoller die neuen Technologien eingesetzt werden und je mehr Menschen an deren Mitgestaltung bzw. am Ertrag beteiligt sind, desto größer wird die Akzeptanzbereitschaft der Bevölkerung sein. Mit einem Streben von Lobbys nach Profitmaximierung wird man das Gegenteil erreichen.

Peter Ortner



Rücksichtslos in die Kulturlandschaft von Pfitsch (St. Jakob) hineingestelltes Photovoltaik-Monster. Wer konnte diese Anlage, aufgrund welchen Gesetzes, genehmigen?

Neue Almerschließungsstraße im Weltnaturerbe?

Antersasc/Zwischenkofl-Alm in Campill



Bis hierher und nicht weiter. Das hat das Verwaltungsgericht entschieden.

Im Jahr 2009 hat die Landesregierung trotz der negativen Gutachten der Landschaftsschutzkommission und des beauftragten Sachverständigen die gesamte Erschließungsstraße zur Antersasc-Alm genehmigt. 2010 hat die Forstbehörde dann mit dem Bau begonnen. Daraufhin formierte sich besonders im Gadertal heftiger Widerstand, der zu mehreren Protestaktionen führte. Auch der Heimatpflegeverband hat sich gemeinsam mit Dachverband für Natur- und Umweltschutz, Alpenverein, CAI und WWF gegen dieses Vorhaben aus folgenden Überlegungen ausgesprochen:

- Die Antersasc-Alm steht unter dreifachem Naturschutz: Naturpark, Natura-2000-Gebiet und UNESCO-Weltnaturerbe. Die Verpflichtung für ein Natura-2000-Gebiet besteht darin, das Gebiet in seinem Naturwert zumindest nicht zu verschlechtern. Der Bau einer

Straße garantiert dies keineswegs, im Gegenteil, die Eingriffe in die Natur und die befürchteten Folgeerscheinungen können die Ursprünglichkeit und den Naturwert vermindern.

- Die geplante Straße war als LKW-Straße konzipiert. Nach den Protesten wollte man den oberen Teil zu einem Traktorweg zurückstufen. Doch der Begriff Traktorweg ist irreführend und verniedlichend, weil er keine spezifischen Merkmale wie Breite und Steigung enthält und in der Praxis sind Traktorwege meist auch LKW-tauglich.
- Der Grund für den Druck zu Straßenerschließungen ist leicht verständlich: Die Kosten dafür zahlt fast ausschließlich das Land und sogar die Projektierung übernimmt oft die Forstbehörde! Zum Vergleich: In Bayern gibt es für private Almwege maximal 25 % öffentlichen Beitrag und für Inter-

sentschaften max. 45%. Wäre das in Südtirol auch so, dann gäbe es kaum Diskussionen, weil die meisten Almbesitzer dann verzichten würden. In Bayern sind heute noch 13% der Almen ohne Zufahrt (180 von 1400). Gründe dafür sind die mangelnde Finanzierung und auch der Wille zur Ursprünglichkeit. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass bei uns privates Interesse voll finanziert wird und dabei die Ziele der Unterschutzstellung auch noch beeinträchtigt werden.

- Durch Zufahrtwege entstehen oft erst gewisse negative Folgeerscheinungen: Planierungen, Entwässerungen, Futter- und Gülletransport, Milchlieferung, Abriss urtümlicher Almhütten und Neubau in oft unpassender kitschiger Form. Damit geht der Charakter einer Alm verloren. Aus Erfahrung weiß man zudem, dass in der Folge von Zufahrtsmöglichkeiten meist auch eine intensivere Almbewirtschaftung mit Gülleausbringung einhergeht. Dadurch verschwindet oft die wertvolle Flora, die man vorgibt, erst durch eine Erschließung erhalten zu können.



Michil Costa (links) und Albert Willeit bei der Pressekonferenz der Umweltverbände in Campill



Die Almhütte und das Puez-Massiv

Die andauernde arrogante Drohung der Bauern, unerschlossene Almen aufzulasen, kann nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb soll hier Eines ganz provokant gesagt werden: Nicht jede Alm muss zwingend weiter bewirtschaftet werden, gerade wenn Eingriff und Kosten unverhältnismäßig sind! Im Übrigen gibt es auch extensive Bewirtschaftungsweisen mit Schaf- oder Ziegenhaltung, so wie dies in Antersasc in den letzten Jahren ja betrieben wurde. Doch dem bisherigen Pächter wurde wegen einer kritischen Äußerung die Pacht gekündigt.

Sehr erfreulich ist, dass das Verwaltungsgericht den Rekurs von WWF und Dachverband im April 2011 angenommen und das geplante obere Teilstück im ökologisch sensiblen Bereich für unzulässig erklärt hat. Wir rufen abschließend die Politiker auf: Leisten wir uns doch die letzten verbliebenen unerschlossenen Almen und unterstützen diese in anderer Form, denn für solche speziellen Fälle braucht es eine neue Ausrichtung der Landwirtschafts- und Förderungspolitik. Begreifen wir endlich, dass das Prädikat UNESCO-Weltnaturerbe uns Verpflichtung sein sollte, besonders behutsam mit dieser Landschaft umzugehen.

Albert Willeit

Heimatspflegeverbandbezirk Pustertal

Die zuständigen Fachleute des Amtes für Naturparke sprechen sich strikt gegen diesen Weg aus. Deshalb sollten die eigenen Experten und Fachgremien respektiert werden. So namhafte Personen wie Ressortdirektor Flavio Ruffini, Abteilungsdirektor a.D. Roland Dellagiacomma, Ex-Landtagspräsident Dieter Steger und Raiffeisenbankdirektor a.D. Konrad Palla warnten öffentlich vor dem Bau dieses Weges!

Es ist schon seltsam, wie harsch der Grundbesitzer, der Bauernbund und die Nachbarschaft Pescoll auf den Widerstand der Umweltschützer und auf den erzwungenen Baustopp reagierten: Da war von Sperrung der Wanderwege die Rede, von mutwilliger Zerstörung der Vegetation und von Schließung der Verbindungsstraße Pedraces - Campill, welche tatsächlich umgesetzt wurde, um öffentlichen Druck auszuüben!



Nicht jede Alm muss erschlossen werden. Im Bild der Weg auf die Antersasc-Alm

Thema Trockenmauern

Heimatspflege-Sachbearbeiter auf Fortbildung



Die Sachbearbeiter des Heimatpflegeverbandes Südtirol und die zuständigen Mitarbeiter der Abteilung Natur und Landschaft

Mit Inkrafttreten der neuen Beitragsrichtlinien im Bereich der Landschaftspflege im März dieses Jahres wurde den 20 Sachbearbeitern des Heimatpflegeverbandes die Bearbeitung und Betreuung der Beitragsansuchen für Trockenmauern außerhalb der Schutzgebiete übertragen.

Trockenmauern sind nicht nur ihrer Ästhetik wegen erhaltenswert, sie sind auch tief mit unserer Kultur verwurzelt. So wurden Trockenmauern nicht nur als Grenzmauern, sondern u.a. auch an besonders steilen Hangabschnitten errichtet, um durch den Aufbau von Terrassen die landwirtschaftlichen Nutzflächen zu vergrößern und dem Bodenabtrag durch Erosion entgegen zu wirken. Gleichzeitig bilden Trockenmauern aber auch Lebensräume für besondere Pflanzengesellschaften und Wärme liebende Kleintierarten. Von der Landesabteilung Natur und Landschaft werden daher alljährlich Fördermittel zur Verfügung gestellt, um derartige Ökosysteme zu erhalten.

Dass Trockenmauer nicht gleich Trockenmauer ist, worauf bei der Errichtung eines solchen Bauwerks und der Abnahme einer Trockenmauer zu achten ist und noch vieles mehr, wurde unlängst in Algund zusammen mit dem Direktor des Verwaltungsamtes für Landschaftsschutz, Horand Maier, dem zuständigen Sachverständigen in der Abteilung Natur und Landschaft, Anton Egger, und der Sachbearbeiterin Tanja Rebecchi mit den 20 Sachbearbeitern erörtert. Bei einer Begehung entlang des Algunder Waalweges, geführt vom Obmann des Heimatpflegevereins Algund, Peter Haller, konnten die Sachbearbeiter verschiedene Mauertypologien besichtigen und über Machart, Stützmaßnahmen und Gestaltung diskutieren. Besprochen wurden auch die neuen Richtlinien im Bereich der Landschaftspflege, die in Zusammenarbeit zwischen Heimatpflegeverband und Landesabteilung überarbeitet worden sind. Diese stellen für die Sachbearbeiter ein wichtiges und nütz-

liches Instrument bei der Bearbeitung der Gesuche dar und gewährleisten die Gleichbehandlung aller Antragsteller.

Das Treffen endete nach einer fachlichen Diskussion im Traditionsgasthof „Blaue Traube“ in Algund, bei der es vor allem um Für und Wider von Betonfundamenten bei Trockenmauern ging. Wenngleich ein vollkommener Verzicht auf Beton zu begrüßen wäre, ist auch der erfolgten Mechanisierung bei der landwirtschaftlichen Arbeit Rechnung zu tragen. Mehrheitlich kam man zum Schluss, dass in besonderen Fällen (Gelände, Bodenbeschaffenheit etc.), so wie in den Richtlinien vorgesehen, eine Trockenmauer auf einem Betonsockel, der nicht sichtbar sein darf, zur Förderung zugelassen werden kann. Diese Ausnahmefälle werden von Fall zu Fall vom zuständigen Sachbearbeiter, dem auch die Beratung der Antragsteller obliegt, begutachtet und bewertet.

*Josef Oberhofer
Verbandsgeschäftsführer Oberhofer*

Südtirol ist ein ökologisch sensibles Alpengebiet ...

... und hat deshalb die Verpflichtung, eine innovative ökologische Entwicklung einzuschlagen - Stellungnahme des Bezirkes Überetsch-Unterland des Heimatpflegeverbandes Südtirol, vorgelegt bei der Jahreshauptversammlung in Brixen



Oscar Dibiasi

Der Bezirk Überetsch-Unterland des Heimatpflegeverbandes Südtirol hat im Hinblick auf die Jahreshauptversammlung am 9. April 2011 in Brixen in einer Stellungnahme grundsätzliche Themen des Natur- und Umweltschutzes erörtert und dabei auch einen interessanten Blick auf die besondere Thematik des Unterlandes geworfen. Wir bringen im Folgenden die von Oscar Dibiasi ausgearbeitete Stellungnahme vollinhaltlich. Dibiasi ist Mitglied des Vorstandes des Heimatpflegeverbandes. Er wurde bei der Versammlung mit 91 von 120 Stimmen in dieses höchste Gremium des Verbandes gewählt.

Es ist nun mal eine Tatsache: wir sitzen alle in einem Boot. Es gibt nur die eine Welt und viele führen sich auf, als hätten wir, als hätten wir noch eine zweite im Kofferraum (um es mit Jane Fonda zu sagen). Die menschliche Existenz ist nun mal von der Tragfähigkeit unserer Biosphäre abhängig.

Die Ereignisse um Fukushima in Japan haben es gezeigt. Die Ereignisse in Pakistan, Nordafrika und Lampedusa haben es gezeigt. Stuttgart 21 hat es gezeigt. Die Wirtschaftskrise 2009 hat es gezeigt. Die gegenwärtigen Umwelt-, Wirtschafts- und sozialen Krisen stellen uns vor eine Wahl: wollen wir mit Lebensentwürfen von gestern in eine ungewisse Zukunft steuern oder umdenken und kreativ neue Wege beschreiten und noch verbliebene Chancen nutzen? Ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Bürgerschaft und Verwaltung ist notwendig, um nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Ein Paradigmenwechsel ist notwendig: weg vom Steigerungswettbewerb hin zu einer globalen Stabilisierung. Begrenzung - für viele sicher noch ein Unwort - muss ein Leitmotiv für zukunftsfähiges Gestalten sein. Energieeinsparung, Reduktion der Treibhausgase und ein effizientes und attraktives öffent-

liches Verkehrssystem müssen darin wichtige Säulen sein. Es gilt die verschiedenen Verkehrsmittel und die Wegeketten optimal zu kombinieren.

Leider ist auch das eine Tatsache: trotz der erwähnten Krisenlagen setzt unsere Politik weiterhin kurzfristig auf Verkehrsförderung. Es werden weiterhin Berge durchbohrt, Lebensräume verkleinert, eine dritte Autobahnspur wird anvisiert, Kapazitäten für Flugverkehr ausgebaut u.v.m.. Erreichbarkeit ist das neue Zauberwort. Wie viel Belastung verträgt unsere Umwelt noch? Haben wir das Maximum an Umweltbelastung nicht schon erreicht? Ist es nicht an der Zeit eine gesamte Umweltbilanz für die Bezirke einzeln durchzuführen? Es wird zwar jedes Vorhaben einzeln einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen, aber die Vorhaben summieren sich täglich in den Bezirken und auch die Umweltbelastung für die Bevölkerung.

Das alles unter dem Motto „Wirtschaft“ und oft auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung.

In den Köpfen vieler Politiker und Wirtschaftsbesitzer fehlt die Erkenntnis, dass Kapazitätserweiterung nichts anderes ist als noch mehr Verkehr, Hektik, Verminderung

der Lebensqualität und – paradoxerweise – letztendlich auch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutet. Ein Zuviel an Erreichbarkeit schadet dem Tourismus. Das haben Ferienregionen in der Schweiz oder im Bregenzerwald längst erkannt und auf alternative Verkehrskonzepte umgestellt. Die Schönheit unserer Landschaft, das günstige Klima und die Kleinräumigkeit sind unser wichtigstes Kapital. Welcher Tourist möchte schon in einem Gebiet urlauben, welches durch Flug- und Autolärm viel von seinem Reiz und seine Ruhe eingebüßt hat?

Und es ist auch eine Tatsache: Fliegen ist die klimaschädlichste Art der Fortbewegung. Der Flugverkehr trägt mit ca. 9% zum von Menschen gemachten Treibhauseffekt bei. Ende 2006 hat der EU-Ministerrat definitiv das „Verkehrsprotokoll“ der Europäischen Alpenkonvention beschlossen, dessen Art. 12 den Flugverkehr betrifft: „Die Vertragsparteien (der Alpenkonvention) verpflichten sich, die Umweltbelastungen durch Flugverkehr so weit wie möglich zu senken (...), das öffentliche Verkehrssystem von den alpennahen Flughäfen in die verschiedenen Alpenregionen zu verbessern, um in der Lage zu sein, die Verkehrsnachfrage zu befriedigen, ohne dadurch die Belastung der Umwelt zu erhöhen. In diesem Zusammenhang begrenzen die Vertragsparteien soweit wie möglich den Neubau von Flughäfen und den erheblichen Ausbau von bestehenden Flughäfen im Alpenraum“.

Südtirol hätte die besten Voraussetzungen die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen im nächsten Jahrzehnt zu halbieren. Die polyzentrische Struktur des Landes muss gestärkt werden, um die Wege zu verkürzen. Die Bahn muss das Rückgrat in den Haupttälern und der Bus oder die Seilbahn das Verkehrsmittel für die Seitentäler sein. Ein integriertes, vertaktetes öffentliches Verkehrssystem, das von frühmorgens bis spätabends Erreichbarkeit garantiert, fördert nachhaltige Mobilität, die sich auch ökonomisch rechnet. Südtirol und das Unterland müssen Lebensraum und nicht Transitland sein.

Südtirol ist ein ökologisch sensibles Alpengebiet und hat deshalb auch eine Verpflichtung, eine innovative ökologische Entwicklung einzuschlagen. In diesem Kontext muss Politik aber mehr sein als nur die Verwaltung von Wohlstand oder Mangel. Politik muss gestalten. Dabei kommt der ak-

tiven Kommunalpolitik eine wichtige Rolle zu, nämlich Menschen zu motivieren, sich zu engagieren und für die eigenen Lebensbedingungen verantwortlich zu zeigen. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes haben bei den letzten Referenden eine klare Meinung zum Thema Flughafen und Bürgerbeteiligung abgegeben. Am Ende fehlten ein paar tausend Stimmen, um die enorm hohe Abstimmungshürde zu schaffen. Jetzt können Politik und Wirtschaft aber nicht so tun, als ob es diesen Ausdruck des Bürgerwillens nie gegeben hätte.

Deshalb fordert der Bezirk Überetsch-Unterland des Heimatpflegeverbandes:

1. eine bessere Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz durch den Bau der Überetscher Bahn.
2. Die Überprüfung, ob diese (über das rechte Etschufer) bis nach Salurn weitergeführt werden soll und an das dortige Bahnnetz angeschlossen werden sollte.
3. Das Errichten eines dritten Bahngleises bis nach Salurn oder noch besser bis nach Mezzocorona mit Verbindung zum Nonstal, um so die gesamte südliche Region durch eine Bahnringleitung zu vernetzen.
4. Keinen weiteren Ausbau des Straßennetzes für den motorisierten Individualverkehr vorzusehen, wohl aber die Vervollständigung des Fahrradwegenetzes durch die Dörfer und zu den Dörfern.
5. Von einem weiteren Ausbau des Bozner Flughafens abzusehen, weil es keine vernünftigen Argumente für einen solchen Ausbau gibt. Der Bozner Flughafen wird auch nach einem Ausbau defizitär, dafür aber um Vieles umweltschädlicher sein. Außerdem steht ein Ausbau im krassen Widerspruch zu den Inhalten der Alpenkonvention.
6. Alle Formen der Bürgerbeteiligung zuzulassen und zu unterstützen, damit die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ihre Zukunft mitentscheiden und mitgestalten und so der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt wird. Die Bürger und Bürgerinnen sind es ja, die durch ihre Arbeit und ihren Einsatz zum Wohlstand dieser Region beigetragen haben und die sich durchaus bewusst sind, dass – bei Mitbestimmung - von ihren Entscheidungen letztendlich die Lebensqualität und das Wohlbefinden in dieser Region abhängen. Wir brau-

chen uns nichts vorzumachen. Abstimmen werden die Bürgerinnen und Bürger so oder so: entweder mit Herz und Verstand in direkter Beteiligung oder mit den Füßen. Stuttgart 21 und Fukushima sind beredete Beispiele dafür.

Oscar Dibiasi



Kapazitätserweiterung ist oft nichts anderes als noch mehr Verkehr, Hektik und Verminderung der Lebensqualität.

Keine Erschließungsstraße zur Oberen Kofleralm in Rein!

Bau des Wald- und Almerschließungsweges "Oberkofleralm" – Rekurs gegen negatives Gutachten – Appell an die Landesregierung



Die Kofleralm mit dem vergletscherten Hochgall im Hintergrund

Der Alpenverein Südtirol, der Heimatspflegeverband Südtirol und der Dachverband für Natur- und Umweltschutz haben aufgrund der anstehenden Entscheidung der Landesregierung zum Rekurs der Landwirtschaftlichen Bezirksgenossenschaft Kofleralm gegen das negative Gutachten der II. Landschaftsschutzkommission Stellung genommen. Sie ersuchen die Landesregierung, sich die Argumente der drei Verbände zu eigen zu machen und dieses Bauvorhaben nicht zu genehmigen.

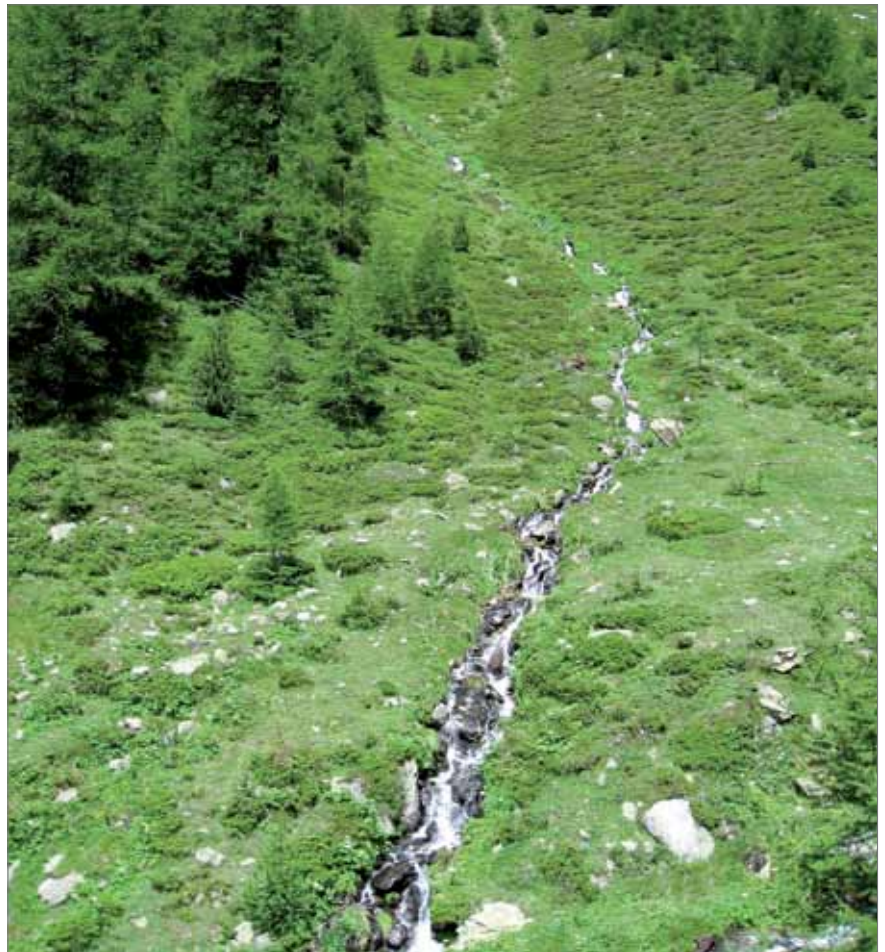
Folgende Argumente sprechen gegen eine Erschließungsstraße zur Oberen Kofleralm:

- Die Baukommission der Gemeinde Sand in Taufers hat sich öfters mit diesem Thema beschäftigt. Sie hat das vorge-

legte Projekt nicht genehmigt, sondern sich für einen noch auszuarbeitenden Kompromiss zwischen Antragstellern und dem Amt für Naturparke ausgesprochen. Leider wurde noch nach keiner Kompromiss-Lösung gesucht.

- Die zuständigen Fachleute des Amtes für Naturparke sprechen sich strikt gegen dieses Projekt aus. Auch die Landschaftsschutzkommission hat das Projekt abgelehnt. Wir appellieren an die Landesregierung, die Gutachten der eigenen Experten und Fachgremien zu respektieren und nicht wie in anderen Fällen einfach zu übergehen.
- Die Kofler Almen befinden sich im Naturpark und Natura-2000-Gebiet Rieserferner-Ahrn. Die Verpflichtung für ein Natura-2000-Gebiet besteht darin, das Gebiet in seinem Naturwert zumindest nicht zu verschlechtern. Der Bau der Straße garantiert das keineswegs, vielmehr ist zu befürchten, dass die Eingriffe in die Natur und die Folgeerscheinungen einer Straßenerschließung die Ursprünglichkeit und den Naturwert vermindern, wie auch im Natura-2000-Verträglichkeitsgutachten angeführt wurde. Im Managementplan des Natura-2000-Gebiets, welcher von externen Fachgutachtern verfasst wurde, heißt es bezüglich Straßenbau zudem: Es ist zu prüfen, ob die Straße tatsächlich erforderlich ist und ob eine andere Erschließungsform (z. B. Seilbahn) nicht schonender und damit mit den Schutzziele des Naturparkes kompatibler wäre. Generell ist festzuhalten, dass die Fortsetzung der Bewirtschaftung der Kofler Alm für die Lebensraumvielfalt des Naturparks von Bedeutung ist, der Straßenbau jedoch einen erheblichen Eingriff in die Waldlebensräume darstellen würde.
- Die geplante Straßenstrasse ist als LKW-Straße konzipiert - der obere Teil als Traktorstraße. Der Begriff "Traktorstraße" impliziert keine spezifischen Merkmale wie Breite und Steigung und in der Praxis sind Traktorstraßen meist auch LKW-tauglich.

- Verkehr: in der Bezirksgenossenschaft Kofleralm scheinen 15 Besitzer auf. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich das Verkehrsaufkommen nicht alleine auf die Grundbesitzer beschränkt, sondern dass zahlreiche weitere Fahrgenehmigungen ausgestellt werden.
- Finanzierung: Die Kosten für Erschließungsstraßen zahlt fast ausschließlich das Land (ca. 80%); Projektierung und Bauleitung übernimmt die Forstbehörde, Instandhaltungsarbeiten werden z. T. vom Amt für Naturpark übernommen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass privates Interesse größtenteils mit öffentlichen Mitteln finanziert wird und gleichzeitig Schutzziele beeinträchtigt werden. Anstelle einer großzügigen finanziellen Unterstützung für den Straßenbau sollten umweltschonendere Alternativen gefördert werden.
- Das betroffene Gebiet ist z. T. sehr steil und es gibt zahlreiche Rinnsale, Bächlein und Wasserstellen. Der Bau der Straße durchquert mehrere dieser Oberflächengewässer und stellt diesbezüglich einen nicht zu unterschätzenden Eingriff in den Wasserhaushalt dieses Gebietes dar.
- Die Eingriffe in die Landschaft und die zu erwartenden Folgeerscheinungen stehen in keinem Verhältnis zu dem dargestellten Nutzen für die Bewirtschaftung der Alm. Die Verstrauchung der Alm wird dennoch weitergehen. Pflegemaßnahmen wie Entstrauchungen können auch ohne Weg gemacht werden.
- Folgeerscheinungen durch Zufahrt: Meistens folgen Planierungen, Entwässerungen, Steinentfernung, Futter- und Gülletransport aus dem Tal. Schade ist auch, dass urtümliche Almhütten meist nicht saniert, sondern abgerissen und neu errichtet werden – oft in unpassender „neumoderner“ und kitschiger Form. Damit geht der Charakter einer Alm verloren.
- Neuerdings besteht in manchen Gebieten die Tendenz, das gesamte Vieh im Sommer vom Tal auf die Alm zu verlegen und die Kühe dort im Stall zu lassen. Auf der Steger-Alm (2.000 m Meereshöhe) in Prettau wurde aus diesem Grund sogar eine Anlage zur Schwemmenmistung errichtet. Oft reicht das vorhandene Futter auf der Alm nicht aus und dieses muss zusätzlich vom Tal



Zahlreiche Rinnsale, Bächlein und Wasserstellen würden durch den Bau der Straße durchquert und ergäben einen nicht zu unterschätzenden Eingriff in den Wasserhaushalt dieses Gebietes, betont Peter Ortner.

angeliefert werden. Durch das Missverhältnis zwischen Tieren und verfügbarer Weidefläche fällt mehr Mist und Gülle an, als die Almvegetation verträgt.

- Walderschließung: Die forstwirtschaftliche Nutzung des Bergwaldes spielt nur eine untergeordnete Rolle. Die Notwendigkeit einer Straßenzufahrt für die Holznutzung ist nicht gegeben. Die Verwendung von Seilkränen zur Holzbringung ist wesentlich umweltschonender und erfüllt denselben Zweck.
- Eine Genehmigung wäre ein schwerwiegender Präzedenzfall, weil in Rein seit längerem Bestrebungen für die Erschließung weiterer Almen im Gange sind: u. a. die Almen unterhalb der Kasseler-Hütte und vor allem die Durra-Alm. Dort würde ein mehrere Km langer wunderschöner kulturhistorischer Wanderweg durch eine Straße zerstört und für Wanderer unattraktiv. Außerdem gibt es auch kaum eine wirtschaftliche Notwendigkeit, weil dort ja dort bereits

eine Materialseilbahn die Alm erschließt! Im gesamten Ahrntal gibt es noch mehrere nicht erschlossene Almen, welche in der Folge sicherlich auch Zufahrtsstraßen erhalten würde.

Die unterzeichnenden Verbände lehnen die Erschließung der Oberen Kofler Alm mittels Forst – bzw. Almstraße strikt ab und ersuchen bei der Entscheidung die hier vorgebrachten Gründe sowie jene der zitierten Fachgutachten zu berücksichtigen und von diesem Vorhaben abzusehen.

*Peter Ortner,
Heimatspflege-Landesobmann*

*Georg Simeoni,
I. Vorsitzender des AVS*

*Klauspeter Dissinger
Vorsitzender des Dachverbandes für
Natur und Umweltschutz*

Hydrogeologisch problematischer Steilhang

Wohnbauzone Unterdorf-Sexten, oberhalb von „Peaterer-, Tischler-, Lanifer- und Handrahof“

Laut Beschluss der Baukommission in Sexten soll am vernässten Steilhang oberhalb der Höfe „Peaterer, Tischler, Lanifer, Handra“ eine Bauzone mit 25 Wohnungen verwirklicht werden. Dabei handelt es sich um ein hydrogeologisch äußerst problematisches Gebiet, sodass die Bedenken gegen dieses zu realisierende Projekt groß sind. Im Falle eines Erdbebens oder Wassersturzes sind die am Fuß des Steilhanges liegenden Baulichkeiten samt Einwohnern, die Hauptstraße und angrenzenden Gebäude extrem gefährdet. Peter Ortner, Landesobmann des Heimatschutzverbandes, hat dazu das folgende hydrogeologische Gutachten verfasst.

Hinweise zum Landesraumordnungsgesetz 1997 (Landesgesetz vom 11. August 1997, Nr. 13-1)

Dieses Gesetz enthält die Bestimmungen über die Raumentwicklung im Gebiet der Autonomen Provinz Bozen. Demnach sollen laut Abschnitt I, Art. 3 folgende Ziele erreicht werden:

- a. Nachhaltige Entwicklung, unter Beachtung des Naturhaushaltes
- b.+c. Schutz der historischen und kulturellen Identität, der Natur- und Kulturlandschaft
- d. Schutz der Siedlungsqualität
- e. Sitzungsmaßnahmen vor hydrogeologischen Risiken usw.

Art. 22/bis regelt die Gefahrenzonenpläne

1. Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren und Naturereignissen.
2. Die Gemeinden erstellen die Gefahrenzonenpläne (u.a. hydrogeologische Risiken).
3. Entsprechende Anpassung der Bau-



Dorfbild von Sexten mit Kirche, im Hintergrund die Gipfel der berühmten Sextner „Bergsonnenuhr“

- leitpläne. Einbezogen werden unter anderem die Landesämter für Geologie, die Abteilungen Wasserschutzbauten und Forstwirtschaft, das Hydrographische Amt (das Amt für Geologie) usw.
4. Bei Bauvorhaben, die im Widerspruch zum Gefahrenzonenplan stehen, setzt die zuständige Behörde die Entscheidung über Bauanträge aus, bis das Projekt entsprechend geändert wird, Schutzbauten realisiert sind oder die Gefahrensituation anderweitig beseitigt ist

Abschnitt VII – Baukonzession

Laut Art. 66 besteht die Pflicht zur Einholung der Baukonzession.

Wer Neubauten ausführen oder bereits be-

stehende erweitern oder sie in ihrer Struktur umgestalten will, muss beim Bürgermeister der Gemeinde hierfür um die Konzession ansuchen.

Jede Tätigkeit, die eine urbanistische und bauliche Umgestaltung des Gemeindegebietes mit sich bringt, hat sich an den diesbezüglichen Lasten zu beteiligen, und die Ausführung der Arbeiten unterliegt einer Konzession durch den Bürgermeister (3). Die Regelung für die zulässige Bauführung auf erdbeben- und lawinengefährdeten Grundstücken am Rande oder am Fuße von Felsen, auf erdbebenbedrohten sowie sonstwie unsicheren Böden erfolgt mit Durchführungsverordnung gemäß Art. 22-bis Absatz 1.100 usw.

*Peter Ortner
Bozen, am 22. Juni 2011*

Tourismuszone in Falzeben, Gemeinde Hafling

Heimatspflegeverband meldet Bedenken an

Die Gemeinde Hafling plant die Ausweisung einer touristischen Zone angrenzend an die Villa Schäfer in Falzeben. Da es sich bei der betreffenden Zone um ein landschaftlich einmaliges Lärchenwaldgebiet in Form von „bestockten Wiesen und Weiden“ handelt, lässt Peter Ortner, Landesobmann des Heimatschutzverbandes Südtirol, dem Bürgermeister von Hafling, Andreas Peer, seine Bedenken betreffend Landschaftsschutz zukommen, mit dem eindringlichen Ersuchen, diese bei der Standortfrage zu berücksichtigen.

Die Einwendungen sind gemäß Landesplan der Gemeinde Hafling lt. Dekret vom 11. Dezember 2011, Nr. 19/28.1 formuliert.

Im Folgenden das Fachgutachten von Peter Ortner:

Ein Lärchenwaldgebiet in Form von „bestockten Wiesen und Weiden“, angrenzend an die Villa Schäfer in Falzeben, soll als touristische Zone ausgewiesen werden. Der Grund gehört der Gemeinde, die ihn einigen Bauern zur Beweidung verpachtet hat. Dagegen sind schwerwiegende Bedenken betreffend Landschaftsschutz anzumelden, die im Folgenden erörtert werden:

- Der für die Erschließung vorgesehene Lärchenwald ist im Bauleitplan als Kategorie „Bestockte Wiese und Weide“ beschrieben. Zusätzlich handelt es sich dabei um ein „Banngebiet mit spezieller Bindung“.
- Im Landschaftsplan der Gemeinde Hafling scheinen folgende landschaftlichen Unterschutzstellungen auf: Art. 2/A Landschaftsschutzgebiete sind vom Menschen mitgestaltete Gebiete, die wegen ihrer landschaftlichen Schönheit und Eigenart oder Naturausstattung oder ihrer Bedeutung für die ortstypische Siedlungsstruktur oder ihrer besonderen Erholungseignung oder als Umgebungsschutz für Natur- und Kulturdenkmäler mit dem Ziel der Erhaltung dieser Funktionen ausgewiesen werden. Die als „bestockte Wie-



Hafling, am "Balkon" oberhalb von Meran gelegen

sen und Weiden“ gekennzeichneten Flächen sind von besonderem landschaftlichem und ökologischem Wert. Bei der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung ist auf die Pflege und langfristige Sicherung ihrer Charakteristik und der aufgelockerten Bestockung zu achten. Bei zu geringem Bestockungsgrad ist die Entnahme von Lärchen nur bei Vorhandensein von Lärchenverjüngung gestattet; die Stockrodung ist untersagt. Die Projekte von Eingriffen unterliegen der Landschaftsschutzermächtigung durch die Landesverwaltung.

Die Landschaftsschutzgebiete werden unterschieden in:

1. Bannzone

Innerhalb dieser Fläche besteht ein absolutes Verbot auf Errichtung bzw. Erweiterung von Bauten über Erde jeglicher Art.

2. Besonders schutzwürdige Landschaft
Für das einbezogene Landwirtschaftsgebiet gelten die Bestimmungen des Landesraumordnungsgesetzes, ausgenommen die Neugründung der Hofstelle von landwirtschaftlichen Betrieben und die Verlegung von Gebäuden, die nur dann gestattet werden können, wenn der Antragsteller anderswo keine geeigneten Gründe besitzt.

Die Projekte unterliegen der Landschaftsschutzermächtigung durch die Landesverwaltung; diese kann den geeigneten Standort festlegen, um eine bessere Einfügung in das umliegende Landschaftsbild zu gewährleisten, jedoch immer im Bereich des Eigentums des Antragstellers.

*Peter Ortner,
Obmann des Heimatschutzverbandes
Bozen, am 22. Juni 2011*

Max Valier am Münchner Westfriedhof

Heimatspflegeverband Südtirol betreut Ehrengrab



Vor über 30 Jahren hat die Landeshauptstadt München dem Raumfahrt pionier Max Valier, einer der herausragendsten Persönlichkeiten Südtiroler Herkunft, am Westfriedhof ein Ehrengrab zur Verfügung gestellt und es dem Kulturwerk für Südtirol e.V., München, zur Betreuung überlassen.

1994 ist diese Vereinbarung ausgelaufen und der Heimatspflegeverband Südtirol hat die Betreuung der Grabstätte übernommen. Seither kümmert sich Verbandsgeschäftsführer Josef Oberhofer persönlich um die Grabstätte von Max Valier. Die finanziellen Mittel zur Pflege und Betreuung des Ehrengrabes werden von der Südtiroler Landesregierung, Abteilung Deutsche Kultur, in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.



Im heurigen Frühjahr wurde dem Heimatspflegeverband Südtirol von der städtischen Friedhofsverwaltung München mitgeteilt, dass die Grabrechtsverlängerung für das Ehrengrab von Max Valier ansteht und so hat Verbandsgeschäftsführer Josef Oberhofer im Auftrag des Landesvorstandes alle nötigen Schritte in die Wege geleitet, diese für die nächsten zehn Jahre festzuschreiben.

Das Münchner Ehepaar Gabriele und Udo Ruß betreuten bereits seit etlichen Jahren ehrenamtlich das Grab vor Ort, wofür sich der Heimatspflegeverband Südtirol an dieser Stelle aufrichtig bedanken möchte.

Sehr erfreulich ist, dass die Friedhofsverwaltung auch heuer wieder Führungen durch diesen schönen Gottesgarten anbietet, und neben den zahlreichen Gräbern von großen Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur erstmals auch die Grabstätte von Max Valier mit einbindet.

Dies hat Verbandsgeschäftsführer Oberhofer veranlasst, ein Hinweisschild neben dem Grab anzubringen, das die wichtigsten Informationen beinhaltet (siehe Bild oben).

J.O.



Udo und Gabriele Ruß mit Verbandsgeschäftsführer Josef Oberhofer (rechts) vor dem Ehrengrab von Max Valier in München anlässlich der Grabrechtverlängerung

's rassene Gewånd

Latzfonser beleben alte Trachtentradition



Die Latzfonser in ihrem rassenen Gewånd

Bei den letztthin abgehaltenen Prozessionen konnte es ein jeder sehen: in Latzfons trägt wieder eine stattliche Anzahl Männer 's rassene Gewånd, wie in früheren Zeiten. Eine gelungene Initiative – und sie kommt gut an, sehr gut sogar!

„Es war ein einfaches Gespräch unter Kollegen, das den Anstoß gab“, sagt Sepp Pfattner, SBB-Ortsobmann von Latzfons.

„Alte Muster waren im Dorf noch vorhanden. Bald schon ließ sich der erste so ein Gewånd beim Schneider in Mühlbach machen. Dann folgten sechs weitere und am Christtag 2010 zogen wir es zum ersten Mal zum Kirchgang an. Heute sind wir schon 21 und es werden immer mehr. Es sind vor allem Männer, die sonst keinem Tracht tragenden Verein angehören.“ Das Lodene ist

in kürzester Zeit wieder das Gewånd „firn guatn Unläss“ geworden. In Latzfons hat man einen Plan erstellt, wann man es anzieht. Das ist eine gute Idee, denn auch die Bäuerinnen, die schon längst die Tracht als ihr Ständeskleid wieder entdeckt haben, halten sich an ausgemachte Termine. So scheint zumindest für Latzfons das Problem „Frau trägt Tracht – Mann hat keine“ gelöst zu sein.

Die Trachten im Schlernggebiet auf alten Postkarten



Bei einer sehenswerten Ausstellung im Kindergarten von Kastelruth werden Postkarten gezeigt aus der Zeit vor 100 Jahren. Die ältesten stammen aus den 1890er Jahren. Der Sammler Peter Niederfriniger gewährt bereits zum vierten Mal Einblick in seine umfangreiche Sammlung. Ausgesucht wurden die Exponate vom Historiker Christoph Gasser und Peter Niederfriniger. Der Museumsverein Kastelruth-Seis lädt alle Interessierten herzlich dazu ein!

Öffnungszeiten: bis 29. August 2011 von 17 – 19.30 Uhr (sonntags geschlossen)

Zum Lodenen

Das Iodene Gewand hat sich in den 1820/30er Jahren allmählich eingebürgert. Es wird bereits bei der Erbhuldigung von 1838 erwähnt. In Südtirol war es früher im ganzen Eisacktal samt Seitenhängen verbreitet. Im Schlerngebiet ist es heute noch Bestandteil der lebendig gewachsenen Trachtenlandschaft.

Während man in Latzfons vom rassenen Gewänd spricht (Rässlounn bedeutet langhaariges Lodentuch, so benannt nach der Stadt Arras in Nordfrankreich. Siehe Hans Fink „Rass, Geluni und Mezlàn“, Tiroler Volkskultur 1985, Seite 97), sagen die Kastelruther bäurisches Gwänd oder einfach Lodenes dazu. Sogar die Bozner Musikkapelle Zwölfmalgreien hat sich in den 1920er Jahren diese Eisacktaler Tracht als Vereinstracht zugelegt. Es war der Bozner Kaufmann Emil Duca, der den Anstoß dazu gab. Der grüne Hosenheber kam allerdings erst später dazu.

Vornehme Tracht

Joppe und Hose sind aus festem schwarzen Loden, im Schnitt einfach, der Mode der damaligen Zeit angepasst. Es fällt vor allem der mit schwarzem Samt besetzte Kragen auf. Er gibt der Joppe einen vornehmen Charakter. Das Leibl aus schwarzem Samt ist vorne mit bunten Blümchen bestickt. Auffallend ist die Reihe schöner Knöpfe mit Edelweißverzierung. Früher waren es wohl die Ledigen, die einen Rücken aus rotem, schwarz gemustertem Baumwollstoff hatten, die Verheirateten hatten einen schwarzen. Zum Trachtenhemd tragen die Latzfonser ein rot-weißes Seidentüchl um den Hals. Ein schwarzer VeLOURSHUT mit schwarzer Bandverzierung und feste, halbhohe Schuhe vervollständigen die Tracht. Wer hat, trägt dazu eine Taschenuhr samt Uhrenkette.

Langlebig und zeitlos

Ein komplettes Iodenes Gewand kostet heute ca. 700 Euro. Wenn man bedenkt, wie langlebig und zeitlos es ist, und dass man es zu vielerlei Anlässen tragen kann, dann ist es allemal eine gute Investition. Den Latzfonsern jedenfalls ist es das wert. In Latzfons fiel man bei Prozessionen früher auf, wenn man eine Tracht anhatte. Heute ist fast schon das Gegenteil der Fall, auch dank dieser nachahmenswerten Initiative!

Agnes Andergassen

Gedenken an einen Kämpfer für Heimat- und Naturschutz

Zum Tode von Rudl Siller

Rudl Siller war ein begnadeter Redner und Erzähler. Scharfsinnig brachte er mit treffenden Worten die Sache stets auf den Punkt.



Es mag ein Zufall sein, aber es stimmt nachdenklich, dass gerade bei der Beerdigung des Heimatpflegers Rudl Siller, gegenüber der Kirche von Mareit eine große Baugrube ist und an der Stelle des erst kürzlich abgerissenen, dorfbildprägenden Mesnerhauses ein vermutlich moderner Neubau entstehen wird.

Als Heimatpfleger war auch dem Rudl die Erhaltung alter Bausubstanz und der Ensembleschutz ein wichtiges Anliegen. „Der Macht des Geldes wird landauf, landab allzu viel geopfert“, so lautete einer seiner Leitsprüche. Der Volgger Rudl, wie er in seiner Heimatgemeinde genannt wurde, prangerte nicht nur die Übererschließung in unserem Lande, sondern auch den Raubbau an der Natur an. Großprojekte, das Lieblingskind der Politiker, sah er als Gefährdung von Heimat und Natur.

Bereits in den 1980er Jahren stellte er sich gegen die Pläne von Gemeinde- und Landespolitikern, die Achenrain-schlucht durch ein Großkraftwerk in ihrer Einmaligkeit zu zerstören. Er rief durch

seine klare Position die Gegner auf den Plan. Rudl Siller war ein begnadeter Redner und Erzähler. Scharfsinnig brachte er mit treffenden Worten die Sache stets auf den Punkt. Er konnte in seiner Redege-wandtheit einen voll besetzten Saal in seinen Bann ziehen. Das haben wir bei den jährlichen Vollversammlungen des Heimatpflegeverbandes erleben dürfen. Bei seinen Widersachern war er deshalb gefürchtet. Von seinen Mitstreitern war er öfters enttäuscht, da sie nicht jenen Mut aufbrachten, den er hatte. Er kämpfte wie ein Löwe und hielt sich mit seiner Kritik auch nicht vor den höchsten Autoritäten zurück. Seine Gegner sahen in ihm einen landbekannten Querkopf. Hat er auch manchmal übers Ziel hinaus geschossen, so ist es doch seine Zivilcourage, die uns ein Vorbild sein soll. Leute, die den eigenen Kopf benutzen und die eigene Meinung zum Ausdruck bringen, braucht es heute mehr denn je. Darum gebührt dem Rudl über das Grab hinaus unser aufrichtiger Dank.

*Josef Oberhofer
Verbandsgeschäftsführer*

Heimatschutz aktueller denn je

Jahreshauptversammlung des Heimatschutzvereins Bozen



Die Heimatschützer auf den Spuren der Vintler in der Altstadt von Bozen (Waaggasse)

Den Bozner liegen Geschichte und Weiterentwicklung ihrer Stadt sehr am Herzen. Das hat die große Beteiligung an der Jahresversammlung 2011 des Heimatschutzvereins Bozen-Südtirol gezeigt.

Bei der Führung durch die Altstadt auf den Spuren der Vintler-Familie zeichneten Obmann Helmut Rizzolli und Mittelalter-Historiker Armin Torggler den Werdegang dieser aus dem Pustertal stammenden Familie. Niklas Vintler war es, der um 1400 Schloss Runkelstein mit den einzigartigen Fresken ausstatten ließ. Auch in der Innenstadt besaß die Familie mehrere Häuser, darunter Ansitz Schrofenstein, in dem man erst vor Kurzem ebenfalls interessante Wandmalereien aus der Vintler-Zeit entdeckt hat. Rizzolli wies auf die Bedeutung der Vintler für Bozen hin und betonte, wie wichtig es sei, die heimische Kulturgeschichte zu kennen – vor allem für jene, die sich mit der baulichen Entwicklung der Stadt befassen. Er begrüßte deshalb jede Gelegenheit, auch mit Architekten in einen konstruktiven Dialog zu treten, um diese für den Heimatschutz zu gewinnen.

Vieles über Aufgaben und Probleme der Denkmalpflege haben die Heimatschützer

bei der anschließenden Besichtigung der Häusergruppe Mauracherhof nahe des „Gscheibten Turms“ erfahren. Waltraud Kofler-Engl vom Landesdenkmalamt erläuterte neueste Forschungsergebnisse zu diesem Ensemble, dessen älteste Teile bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen.

Eine umfassende Erklärung zur künftigen Gestaltung des Ensembles erhielten die Heimatschützer dann im Zuge der Vorträge auf der Jahreshauptversammlung. Im neuen Kunsthaus der Familie Dalle Nogare am Kreuzbühel oberhalb der Talstation der Jenesier Seilbahn zeigten Kofler Engl und Architekt Walter Angonese auf, wie im Zuge der Sanierung die ältesten Teile des Mauracherhofes erhalten und jüngere Elemente umgestaltet werden.

Angonese ging dann auch auf das Baukonzept für das noch unvollendete Kunsthaus ein. Er betonte, sich bei der Planung eingehend mit den topographischen Gegebenheiten auseinandergesetzt zu haben. Es sollte „mit dem Hang“ und „in den Hang“ gebaut werden. Dem in die Vegetation eingebetteten Bau sieht man von außen nicht an, welche große Räumlichkeiten innen zur Verfügung stehen. Diese werden übrigens

nach Fertigstellung Sammlungen moderner Kunst sowie eigens für das Kunsthaus geschaffene zeitgenössische Werke beherbergen.

Zum Abschluss der Tagung kam das Problem „Wärmedämmung bei Baudenkmalern“ zur Sprache. Obmann Rizzolli hatte im Hinblick auf den Ensemble- und Landschaftsschutz auf die Gefahren der Kubaturerhöhung im Zuge energetisch bedingter Sanierungsarbeiten hingewiesen. Der Nordtiroler Ingenieur Walter Hauser vom Landeskonservatorat Nordtirol setzte sich in seinem Referat kritisch mit dem Diktat der Energieeffizienz bei denkmalgeschützten Bauten auseinander. Hauser warnte eindringlich vor so genannter „Allround-Dämmung“ und zeigte anhand mehrerer Beispiele Lösungsansätze auf, wie Denkmalschutz und sinnvolles Bauen zueinander finden könnten.

Helga Frass



Arch Walter Angonese (Bildmitte) und Obmann Helmut Rizzolli (links) erklären am neuen Kunsthaus Dalle Nogare die Architektur des Bauwerkes



Waltraud Kofler Engl erklärt den Heimatschützern die Baugeschichte des Ensembles Mauracherhof.



• Rundschau

Gaulsänger zu Gast in Oberbozen

**Benefizveranstaltung
„A Liadl, a Jodler, a Reim“**

Oberhofen, ein stattlicher Ort im Oberinntal, ist seit vielen Jahren die Partnergemeinde von Tschermers. Kürzlich waren dort die Gaulsänger auf Einladung des örtlichen Kulturausschusses zu Gast. In der Pfarrkirche zum Hl. Nikolaus, einem wunderschönen Gotteshaus in barockem Stil, gestalteten die Sängerinnen Martha Schrötter, Marlene Platter, Theresia Paris, Maria Theresia Rufinatscha, Maria und Alfred Sagmeister sowie Maria Sulzer mit der „Jodlermesse“ den Sonntagsgottesdienst. Anschließend besuchte die Gesangsgruppe unter Führung von Helmuth Kirchmair, dem langjährigen Bürgermeister der Gemeinde Oberhofen, die altehrwürdige Basilika im

nahegelegenen Stift Stams, wo zu Ehren der Gottesmutter ein Marienlied erklang. Nach dem Besuch der „Friedensglocke“ in Mösern ging es wieder zurück nach Oberhofen. Auf dem Dorfplatz luden die Gaulsänger unter dem Motto „A Liadl, a Jodler, a Reim“ zu einem musikalisch-humoristischen Stelldichein. Das Publikum dankte

es mit viel Applaus. Helmuth Kirchmair und Ortspfarrer Christoph Haider sprachen im Namen der Oberhofener Gemeinde Worte des Dankes und überreichten einen Blumengruß sowie ein Buchgeschenk. Die eingegangenen freiwilligen Spenden kommen dem Oberhofener "Nikolausverein" zugute, der sich für besondere Härtefälle einsetzt.



Die Gaulsänger mit Pfarrer und Ex-Bürgermeister

• Büchertisch •

Rolf Steininger

Akten zur Südtirol-Politik

1965/66: Mehr „Paket“, weniger Verankerung?



Für Österreichs Außenminister Bruno Kreisky war das, was er 1964 mit seinem italienischen Kollegen Giuseppe Saragat für Südtirol ausgehandelt hatte, das Optimum dessen, was seiner Meinung nach herauszuholen war. Und von daher wollte er abschließen. Für den 8. Jänner 1965 berief er eine große Südtirolbesprechung nach Innsbruck ein, wo die (Süd-)Tiroler sein Verhandlungsergebnis absegnen sollten. Die lehnten allerdings ab. Für die SVP gingen die italienischen Zugeständnisse nicht weit genug, für die Nordtiroler gab es zu wenig Absicherung. Mit dieser Entscheidung zerbrach für Kreisky das manchmal nur mühsam aufrechterhaltene Klima der Zusammenarbeit mit den (Süd-)Tiroler Politikern. Als die italienische Regierung vom Innsbrucker Ergebnis unterrichtet wurde, stellte sie in Wien klar, dass sie bis zur äußersten Grenze ihrer Möglichkeiten gegangen sei. In den folgenden Wochen kam es zu mehreren Südtirolbesprechungen, in denen fast schon verzweifelt nach einer Lösung gesucht wurde und die Auseinandersetzungen mit Kreisky immer unerfreulicher wurden. Das Jahr 1966 begann mit dem 2. Sprengstoffprozess in Mailand, wo im April die Angeklagten zu insgesamt 350 Jahren Kerker verurteilt wurden. Im selben Monat sorgte noch ein an-

deres Ereignis in Südtirol für Aufregung. Der hochangesehene Urologe Dr. Egmont Jenny gründete eine neue Partei, die „Soziale Fortschrittspartei Südtirols“, hinter der Bruno Kreisky stand. In Wien gab es inzwischen eine ÖVP-Alleinregierung mit dem neuen Außenminister Lujo Toncic-Sorinj, der abschließen wollte, während der Terror zunahm.

Der Autor:

Rolf Steininger, Dr. phil., em. ordentlicher Universitätsprofessor, 1984–2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck; Studium der Anglistik und Geschichte in Marburg, Göttingen, München, Lancaster und Cardiff. Bis 1983 Professor an der Universität Hannover, Senior Fellow des Eisenhower Center for American Studies der University of New Orleans und Jean Monnet-Professor, Gastprofessor an den Universitäten Tel Aviv, Queensland (Australien), New Orleans, Aufenthalte als Gastwissenschaftler in Saigon, Hanoi und Kapstadt. Seit 2008 auch an der Freien Universität Bozen tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen sowie international preisgekrönte Fernseh-, Film- und Hörfunkproduktionen. Weitere Informationen unter www.rolfsteininger.at

Rolf Steininger (Hrsg.),

Akten zur Südtirol-Politik, 1965/66:

Mehr „Paket“, weniger Verankerung?

Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969, Band 5, Studien-Verlag Innsbruck, Bozen, Wien, 540 Seiten, fest gebunden, 79.00 Euro

Michael Gehler

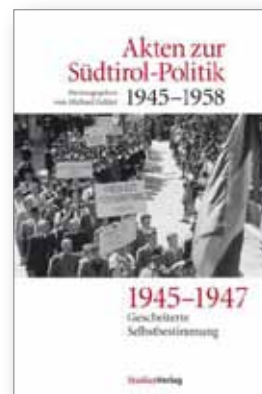
Akten zur Südtirol-Politik

1945–1947: Gescheiterte Selbstbestimmung

In diesem Band der Akteneditionsreihe „Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958“ wird anhand von über 300 Quellenstücken die südtirolpolitische Entwicklung vom Kriegsende bis zum Abschluss des Pariser Abkommens und seiner unmittelbaren Nachgeschichte dokumentiert. Be-

ginnend im Sommer 1945, als der Wunsch zur Landeseinheit in Tirol bereits stark ausgeprägt war, wurden diplomatische Initiativen von Innsbruck und Wien aus gestartet, Propagandaaktionen eingeleitet, Kundgebungen organisiert und Massendemonstrationen durchgeführt. Nach Gründung der Südtiroler Volkspartei im Mai 1945, die für das Recht der Südtiroler auf Selbstbestimmung eintrat, sammelte man in Südtirol geheim Unterschriften für die Abhaltung einer Volksabstimmung. Doch gestatteten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs weder auf den Außenministerkonferenzen in London und Paris noch auf der Pariser Friedenskonferenz die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts. Allzu rasch schwenkte Außenminister Gruber auf eine Kompromisslinie ein. Das vorläufige Ergebnis war keine volle Autonomie für Südtirol allein und eine erst in weiterer Folge geregelte Rück siedlung der Südtiroler.

Die überwiegend neuen Dokumente, die aus dem Österreichischen Staatsarchiv, dem Tiroler Landesarchiv und dem SVP-Parteiarchiv stammen, erhellen die Stimmungslage im nördlichen wie südlichen Landesteil und die südtirolpolitische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf staatlicher, landes- und parteipolitischer Ebene. Ein ausführliches Sach- und Personenregister runden den ersten Band dieser Reihe ab.



Der Autor:

Michael Gehler, geb. 1962, studierte Geschichte und Germanistik, Mag. und Dr. phil. habil., war Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) Wien 1992–1996, außerordentlicher Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte am Institut für Zeitgeschichte der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck 1999–

2006, Alexander von Humboldt-Stipendiat 2001–2002 und Permanent Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; assoziiertes Mitglied bei der Forschungsgruppe Europa am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen unter Wilfried Loth 2001–2002; Gastprofessor an den Universitäten Rostock 2004, Salzburg 2004/05 und an der KU Leuven 2005, Mitglied der Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien; 2006 Berufung an die Stiftung Universität Hildesheim als Professor und Leiter des Instituts für Geschichte sowie Verleihung eines „Jean-Monnet Chairs“ für Europäische Geschichte durch die EU-Kommission; Mitglied des Liaison Committee/der Verbindungsgruppe der Historiker bei der EG-Kommission. Zahlreiche Publikationen zur österreichischen, deutschen und europäischen Zeitgeschichte.

Michael Gehler (Hrsg.)

Akten zur Südtirol-Politik, 1945–1947: Gescheiterte Selbstbestimmung – Die Südtirolfrage, das Gruber-De Gasperi-Abkommen und seine Aufnahme in den italienischen Friedensvertrag 1945–1947

Band 1, Studien-Verlag Innsbruck, Bozen, Wien, 656 Seiten, fest gebunden, 79,00 Euro

Hans Karl Peterlini

"Die Feuernacht" ein neues Standardwerk

Hintergründe - Schicksale - Bewertungen

1992 hatten die RAI-Journalisten Elisabeth Baumgartner, Hans Mayr und Gerhard Mumelter auf der Grundlage einer Radio-Serie die erste breite Aufarbeitung der Südtiroler Bombenjahre in Buchform vorgelegt und die lange Zeit der Tabuisierung beendet. Das Buch "Feuernacht", verlegt bei Raetia, ist mittlerweile vergriffen. 2005 erschien bei Raetia eine neue, umfassende Dokumentation der Bombenjahre von Hans Karl Peterlini, mittlerweile ebenfalls vergriffen. Anstatt einer Neuauf-

lage früherer Editionen legt Peterlini nun ein neues Buch vor – in der Aufmachung der großzügig bebilderten "Feuernacht" nachempfunden, aber von den Informationen auf den neuesten Stand gebracht und um zahlreiche Kapitel erweitert. Völlig neu recherchiert wurden auf der Grundlage bisher kaum zugänglicher Gerichtsakten die Blutbäder und die Rolle der Geheimdienste, aber auch die Stimmung der italienischen Bevölkerung, die Geschichte des ersten Todesopfers der Feuernacht, die italienischen Anschläge in Österreich, der Gerichtskrimi um den Nordtiroler Sympathieträger des BAS Kurt Welser. Das Buch enthält auch eine Reihe von Gastbeiträgen, so über Sepp Kerschbaumer (Josef Fontana/Hans Mayr), die Trenriner-Tiroler Missverständnisse (Sandro Canestrini), die Schicksale der Frauen und Familien (Astrid Kofler), die großen Illustrierten-Stories (Gerhard Mumelter), die Ungewissheit der italienischen Bevölkerung (Francesca Melandri) und die allmähliche Annäherung der Literatur an das Bombenthema (Tanja Raich).



Der Autor:

Hans Karl Peterlini, geboren 1961 in Bozen; langjähriger Journalist und Chefredakteur, psychoanalytischer Erziehungswissenschaftler mit Schwerpunkt auf historischen und politisch-kulturellen Konflikten in Mehrheit-/Minderheitensituationen; zahlreiche Bücher zur Südtiroler Zeitgeschichte,

Hans Karl Peterlini: Feuernacht. Südtirols Bombenjahre: Hintergründe - Schicksale - Bewertungen. 1961–2011 Edition Raetia, 512 Seiten mit 320 Abb., Hardcover mit Schutzumschlag, 21,5 x 30,5 cm, 45,00 Euro

Sebastian Marseiler

Wege zur Kunst

Die bedeutendsten Kunstdenkmäler Südtirols



Wege zur Kunst – der Titel des Buches von Sebastian Marseiler signalisiert eine doppelte Botschaft. Einmal: Es sind bedeutende Kunstwerke in Südtirol, die der Autor ins kreative Visier genommen hat, zum anderen ist es der Weg dorthin. Der Weg dorthin: Das ist gewiss eine sozusagen geografische Aufforderung, sich in den verschiedenen Talschaften Südtirols auf den Weg zu machen. Aber noch mehr ist es eine Anleitung sich mit dem Kunstwerk auseinanderzusetzen.

Kunst ist wohl nie das Ziel, sondern immer das Bemühen, sich diesem Ziel anzunähern. Also den Weg dorthin zu gehen, um ein Kunstwerk in einem langen Prozess des Sehens und Schauens und auch in einem Prozess der rationalen Beschäftigung zu erfassen.

Insofern hat der Autor ein nicht geringes Maß an Ehrfurcht vor den Kunstwerken an den Tag gelegt, aber er hat andererseits dem, der sich auf den Weg zum Kunstwerk begibt, auch eine Handreichung zur Verfügung gestellt, welche die Kunstbetrachtung etwas leichter macht. Die Texte sind pointiert, ja fast spannend geschrieben, eben mit der Feder des versierten Kulturjournalisten und insofern auch leicht lesbar. Fast könnte man von einem Lesebuch der Kunst auf hohem Niveau sprechen. AG

Sebastian Marseiler: Wege zur Kunst – die bedeutendsten Kunstdenkmäler Südtirols, Athesia-Verlag 2011. 260 Seiten, reich bebildert, Festcover. 14,90 Euro